

Referenden zu Stande gekommen

Luzern Am 21. Mai werden die Luzerner Stimmberechtigten definitiv über zwei Referenden befinden. Wie die Regierung mitteilt, wurden für das Referendum gegen die Halbierung der Kantonsbeiträge an die Musikschulen 22417 beglaubigte Unterschriften eingereicht. Hinter dem Referendum stehen der Verband für die Musikschulen des Kantons Luzern, der Verein der Musiklehrer, der Verband des Personals öffentlicher Dienste Luzern und die Luzerner Allianz für Lebensqualität.

Das SVP-Referendum gegen die Erhöhung des Steuerfusses wurde mit 4108 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Für das Zustandekommen eines kantonalen Referendums sind 3000 Unterschriften nötig. (red)

Salzregal soll weiter bestehen

Salzhandel Der Luzerner Regierungsrat will am kantonalen Salzregal festhalten und lehnt eine Motion von GLP-Kantonsrätin Michèle Graber (Udligenswil) ab. Graber fordert die Aufhebung des kantonalen Gesetzes über das Salzregal sowie den Austritt aus der interkantonalen Vereinbarung über den Salzverkauf in der Schweiz. Das Salzmonopol sei ein «Relikt» und lasse sich in einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht rechtfertigen.

Der Regierungsrat hält in seiner gestern publizierten Antwort unter anderem fest, dass die Salzversorgung in der Schweiz eine «bewährte und pragmatische Lösung» sei. Sie biete eine hohe Versorgungssicherheit in Verbindung mit einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Lager- und Logistikstrategie sowie einer positiven Kostenbilanz. Heute liege der Fokus auf der Sicherstellung der Mobilität in den Wintermonaten. «In einem liberalisierten Markt mit einer Aufhebung des Salzregals und dem Austritt des Kantons Luzern aus dem Konkordat müsste damit gerechnet werden, dass das Auftausalz insbesondere während strenger Winter nicht zuverlässig zum benötigten Zeitpunkt und in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen würde», schreibt der Regierungsrat weiter. (sb)

Fussgängerin von Lastwagen erfasst

Eschenbach Eine 90-jährige Frau wurde gestern bei einer Kollision mit einem Lastwagen schwer verletzt. Laut Polizei ereignete sich der Unfall kurz nach 14.15 Uhr, als die Fussgängerin die Rothenburgstrasse bei der Einmündung Moos überquerte. Die genaue Unfallursache ist noch unklar. Die Strasse musste mehrere Stunden gesperrt werden. (red)

Gratulation

Zum 80. Geburtstag

Werthenstein Wir gratulieren Anna Fuchs-Schwarzentruber herzlich zu ihrem 80. Geburtstag. Zusammen mit den fünf Kindern, zehn Grosskindern und vier Urgrosskindern wünschen wir ein gemütliches Familienfest.

Budgetdebatte: Regierung lenkt ein

Kantonsrat Die Luzerner Regierung möchte die Gefahr eines budgetlosen Zustands minimieren. Sie schlägt vor, dem Kantonsrat den Voranschlag früher zu unterbreiten. Und sie hat vor, Volksrechte zu beschneiden.

Lukas Nussbaumer
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Überraschende Kehrtwende: Die Luzerner Regierung ist bereit, die Budgetdebatte vom Dezember auf den Oktober vorzulegen. Dies hält sie in ihrer Antwort auf Motionen der SVP und der SP zähneknirschend fest. Sie erachte eine hohe Budgetgenauigkeit als Ausgangspunkt für die finanzielle Steuerung des Kantons zwar «grundsätzlich als sehr wichtig». Dennoch empfehle sie angesichts der Nachteile eines budgetlosen Zustands die Vorverschiebung des Budget- und Finanzplanungsprozesses auf die Oktobersession.

Bis jetzt lehnte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann eine frühere Budgetdebatte stets ab. So sagte er etwa vor der Abstimmung über die SVP-Initiative, welche jede Steuererhöhung automatisch einer Volksabstimmung unterstellen wollte: «Eine Vorverlegung würde dazu führen, dass der Voranschlag zu einem Zeitpunkt erstellt werden müsste, in dem wesentliche Einflussfaktoren noch nicht bekannt sind.» Die Folgen wären «Ungeäuigkeiten und Lücken im Budget und damit eine Schwächung dieses zentralen Steuerungsinstrumentes des Kantons Haushalts».

Die Motionäre begrüssen die Abkehr der Regierung von ihrer bisherigen Haltung. So sagt SVP-Kantonsrätin Angela Lüthold (Nottwil): «Das ist ganz in meinem Sinn.» Auch bei Michael Ledergerber (SP, Luzern) kommt der Sinneswandel der Exekutive gut an.

SP: Fakultatives Referendum «nicht verwässern»

Keine Begeisterung löst hingegen der Plan der Regierung aus, das fakultative Referendum einzuschränken. Das Gremium möchte das Sammeln von Unterschriften künftig nur noch dann ermöglichen, wenn der über 1,6 Einheiten liegende Steuerfuss erhöht werden soll. Aktuell kann das Referendum auch gegen einen höher als bei 1,6 Einheiten festgesetzten Steuerfuss ergriffen werden, wenn dieser gleich bleiben soll. Die jetzt vorgeschlagene Einschränkung geht auf eine Ein-



Blick in den Luzerner Kantonsratssaal während der letzten Budgetdebatte.

Bild: Pius Amrein (12. Dezember 2016)

«Das fakultative Referendum sollte nicht verwässert werden.»

Michael Ledergerber
SP-Kantonsrat, Luzern

zelinitiative von Charly Freitag (FDP, Beromünster) zurück.

Für Michael Ledergerber ist das der falsche Weg. «Das fakultative Referendum sollte nicht verwässert werden. Wenn es schon angepasst wird, dann in eine andere Richtung: Es sollte künftig auch möglich sein, Steuererhöhungen an die Urne zu bringen.» Davon hält Angela Lüthold nichts – die im vergangenen November an der Urne gescheiterte

Initiative ihrer Partei verlangte nur Abstimmungen bei Steuererhöhungen. Dennoch hält auch sie von Freitags Einzelinitiative, dessen Inhalt die Regierung übernehmen möchte, nichts: «Wir sind grundsätzlich gegen die Beschneidung von Volksrechten.»

Steuererhöhung: Plan B zu einem Nein fehlt weiterhin

So überraschend sich die Regierung bei der Frage des richtigen Termins für die Budgetdebatte bewegt, so hartnäckig verweigert sie eine Aussage zu Alternativen, wenn das Volk die geplante Steuererhöhung um 0,1 auf 1,7 Einheiten Ende Mai ablehnen sollte. «Es gibt keine Alternativen und keine Ersatzmassnahmen zur Steuerfusserhöhung», hält sie in ihrer Antwort auf eine Anfrage von Yvonne Hunkeler fest. Die Grosswanger CVP-Kantonsrätin wollte von der Regierung wissen, welche konkreten Sparmassnahmen diese als Alternativen zur

Steuerfuss: Weniger Mitsprache nur in Schwyz

In den Zentralschweizer Parlamenten wird wie bislang in Luzern meist im Dezember über das Budget debattiert. Einzig in Zug und Nidwalden finden die Debatten bereits im November statt.

Anders als Luzern handhaben die übrigen Zentralschweizer Kantone die Mitsprache der Bevölkerung beim Steuerfuss: Weniger zu sagen haben die Schwyz: Hier entscheidet der Kantonsrat abschliessend. Alle anderen Kantone binden die Be-

völkerung schon heute besser ein als Luzern. In Ob- und Nidwalden gilt das fakultative Referendum unabhängig davon, ob die Steuern steigen oder nicht. Auch in Uri unterstehen die Beschlüsse des Parlaments dem fakultativen Referendum. Steigt der Steuerfuss auf 110 Prozent (heute 100 Prozent) oder mehr, gilt das obligatorische Referendum. In Zug untersteht jede Änderung des Steuersatzes dem fakultativen Referendum. (red)

Steuererhöhung einleiten will. Laut Regierung würde dann der «äusserst schwierige Prozess zur Schliessung der Lücke gestartet». Allein im laufenden Jahr müssten 64 Millionen Franken gespart werden – diese Summe brächte die Steuererhöhung in etwa ein.

Das hiesse auch, dass sich der budgetlose Zustand des Kantons «wohl bis in den Herbst verlängern» würde. Wie in früheren Antworten auf Vorstösse festgehalten, geht die Regierung in diesem Fall von einem «verheerenden Kahlschlag» aus.

Beide SP-Gemeinderäte werfen das Handtuch

Wikon Esther Ammann und Roger Wymann (beide SP) treten per 30. Juni zurück. Offiziell ist von zu grosser Belastung die Rede, die Exponenten äussern sich dazu allerdings nicht.

Paukenschlag im Wikoner Gemeinderat: Esther Ammann und Roger Wymann (beide SP) haben per 30. Juni ihren Rücktritt eingereicht. Und die offizielle Medienmitteilung in Form eines Sechszehlers wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet.

Darin steht: Für die aktuelle Legislatur habe der Gemeinderat in seiner neuen Zusammensetzung grundlegende Richtungswechsel vorgenommen. Zeitintensive Projekte seien gestartet worden. «Durch die zu grosse Belastung für die Umsetzung der damit verbundenen Sachentscheide stellten sich bei Gemeindegamann Roger Wymann und Gemeinderätin Esther Ammann

Bedenken um ihre Gesundheit ein.» Deshalb hätten sie gemeinsam beschlossen, per 30. Juni zu demissionieren.

Viel Sesselrücken im Gemeinderat

Bei einem dieser Sachentscheide handelt es sich in Wikon sicherlich um den Landverkauf Spychermatte. Diese Veräusserung von gemeindeeigenem Land soll einen Buchgewinn von 5,9 Millionen Franken bringen und im Mai an die Urne kommen. Weiter steht die Gründung der Wikon Dorf AG an. Damit hofft man auf zusätzliche Steuererträge. Diese sollen helfen, das strukturelle Defizit zu reduzieren. Zudem ist

man im Gemeinderat überzeugt, dass die ressortbezogene Jahresplanung zu greifen beginnt. Im November befinden die Wikoner zudem über die Revision der Gemeindeordnung. Zu den beiden Rücktritten wollte sich Wiederkehr hingegen nicht äussern.

Er nimmt im Gemeinderat seit 1. Juni 2015 Einsitz. Damals übernahm der Parteilose in stiler Wahl den Sitz von Toni Purtschert (FDP). Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im vergangenen Mai trat Wiederkehr gegen den Gemeindepräsidenten Hans Golling (parteilos) an und setzte sich durch. Dieser demissionierte dann im August aus gesundheitlichen Gründen und

wurde durch den parteilosen Markus Dietrich ersetzt. Komplettiert wird der aktuelle Gemeinderat durch Michaela Tschuor (CVP).

Erst kürzlich war bekannt geworden, dass die neu einzuschulenden Hintermoser Schüler ab nächstem Schuljahr nicht mehr im Reidermoos, sondern in Wikon die Schule besuchen sollen (Ausgabe vom 10. Februar). Die Bildungskommission zeigte sich über das Vorgehen des Gemeinderates erstaunt. Die Art der Kommunikation habe sie enttäuscht, sagte Präsidentin Marianne Tschan.

Ob diese Situation bei den beiden Rücktritten mit einer Rol-

le spielte, wollte Wymann, welcher dem Gemeinderat seit 2006 in diversen Funktionen angehört, nicht kommentieren. Der Ressortverantwortliche für das Bauwesen äusserte sich generell nicht zur Demission. Und dennoch erklärte er vielsagend: «Mein ursprüngliches Pensum von 39 Prozent wurde auf die neue Legislatur hin auf 25 Prozent reduziert. Der Aufwand ist aber praktisch gleich hoch.» Ammann, sie gehört seit 2012 dem Rat an, war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Die Ersatzwahlen finden am 11. Juni statt.

Ernesto Piazza
ernesto.piazza@luzernerzeitung.ch